

# Militarisierung der EU

von Maria Christanell



Zum Vortrags- und Diskussionsabend durften wir am 3. September 2009 im Allerweltshaus *Tobias Pflüger, der 2004 - 09 EU-Abgeordneter war*, als Referenten begrüßen. Die Moderation übernahm an diesem Abend *Maria Baumeister*.

Der ehemalige EU Parlamentarier freute sich, das Thema der Militarisierung auch mal unabhängig von anderen EU Themen darstellen zu können. In seinem Vortrag stellte er zunächst kurz die Struktur der dafür zuständigen EU Organe vor und analysierte die Situation aus Sicht eines Mitglieds des Europäischen Parlaments in 2009. Anschließend ging er auf seine Rolle im EU Parlament ein und konnte anhand vieler einzelner Beispiele die Vorgehensweisen und Konflikte innerhalb dieses Organs darstellen.

## Strukturinformationen

Der Europäische Rat setzt sich aus dem Europäischen Parlament (EP), der Europäischen Kommission, dem Ministerrat (Rat der EU), dem Gerichtshof und dem Rechnungshof zusammen. In ihm entwerfen Staats- und Regierungschefs die Ziele der Europäischen Union.

Die Europäische Union verfügt in mehreren Bereichen über eine Gesetzgebungskraft. Diese wurde auf drei Säulen mit unterschiedlichen Kompetenzen aufgeteilt:



Quelle: Internet

Aus der Sicht des EP werden Beschlüsse folgendermaßen gefasst: Innerhalb der 1. Säule beteiligt sich das Europäische Parlament an den Beschlüssen. Innerhalb der 2. Säule ist das Europäische Parlament nicht an den Beschlussfassungen beteiligt. Dem EP werden Vorgehensweisen und Entscheidungen berichtet. Die 3. Säule stellt in Entscheidungsfragen einen Mittelweg dar. Es werden gemeinsame Entscheidungen mit den Mitgliedsstaaten getroffen.

„Momentan befinden wir uns im Jahr 11 der Militärmacht der EU“, leitete Tobias Pflüger den Themenkomplex um die 2. Säule ein. Im Jahr 1998 beschlossen Jaques Shirak und Tony Blair in Frankreich die Gründung eines EU- Militärs. Durch die Verträge von Maastricht und Nizza wurden die Mitglieder ausgebaut. Auch Deutschland kam erst später hinzu und gehörte nicht zu den Gründerländern. Die EU hat 27 Mitgliedsstaaten, 6 davon verfügen über einen selbständigen Militärkomplex, d.h. über eine Rüstungsindustrie. Das sind Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, Schweden. Die 27 Mitgliedsstaaten verfügen über eine gemeinsame Außensicherheitspolitik, die GASP. Mit dem Vertrag von Nizza trat als Teil der GASP eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in Kraft. Somit verfügt die GASP über einen militärischen Arm. Leiter der ESVP ist Javier Solana.

Im Jahr 2004 wurde die Europäische Verteidigungsagentur des Rats der EU gegründet, die den Rat und die Mitgliedsstaaten, sowie die ESVP unterstützen soll. Der Referent Pflüger nannte diese auch Rüstungsagentur, da die Zuständigkeit hier bei den einzelnen Mitgliedsstaaten liegt, es somit keine offiziellen Treffen der Militärminister gibt, und die Europäische Verteidigungsagentur naheliegenderweise der Aufrüstung der einzelnen Mitgliedsstaaten dient.

Anhand unterschiedlicher Beispiele des Referenten soll nun diese und andere kritische Haltungen, seine Erfahrungen am Themenkomplex und der Institution dargestellt werden.



### **Informationen an das Europäische Parlament**

Das Europäische Parlament und die Kommission haben die Möglichkeit Fragen an die GASP zu stellen und verfügen somit über eine Art Anhörungs- und Informationsrecht, das jedoch keine Berichtspflicht von Seiten der ESVP beinhaltet. Herr Solana besucht den Ausschuss des EP und stellt sich für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung: Wie verläuft der Einsatz im Tschad? Wie ist der Stand der Rüstungsagentur? Jeder Parlamentarier verfügt etwa über eine Minute Zeit seine Anliegen vorzutragen. Im Gegensatz zum Bundestag, in dem unbeantwortete Fragen nochmal schriftlich eingereicht werden können, muss Herr Solana nicht auf die Fragen der Parlamentarier eingehen.

**Bsp.** Die britische Zeitung *The Guardian* veröffentlichte eine zustimmende Stellungnahme von Herrn Solana zur zukünftigen NATO Strategie bezüglich des Einsatzes von Atomwaffen: Für die Verhinderung von Massenwaffen ist der Einsatz von Atomwaffen notwendig. Eine zustimmende Position von Herrn Solana, als ein Repräsentant der EU, widerspricht in diesem

Rahmen dem Völkerrecht und sollte somit zurückgenommen werden. Daher forderte Herr Pflüger Herrn Solana im Ausschuss auf, sich von der Stellungnahme zu distanzieren. Es folgte keine Antwort. Nach mehreren Ansprachen und der Zusammenarbeit mit der *The Guardian*, veröffentlichte Herr Solana dann schlussendlich eine Stellungnahme, in der es hieß, dass es sich um eine missverständliche Wiedergabe einer Aussage seines Mitarbeiters handeln musste.

Eine weitere Informationsmöglichkeit für die EU- Parlamentarier bietet das PSK: Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee. Das PSK besteht aus den Direktoren der Außenminister der Mitgliedsstaaten, die die relevanten internationalen Ereignisse beobachten und über die Umsetzung von Beschlüssen entscheiden. Das PSK hat die Aufgabe, die internationale Lage im Bereich der GASP zu verfolgen und im Europäischen Parlament zu berichten. Die Botschafter der Mitgliedsstaaten werden zu Sitzungen der EU geladen und versuchen einen informativen Überblick über die militärischen Ereignisse zu geben. Je nach Ratspräsidentschaft sind die Botschafter unterschiedlich gut informiert.

**Bsp.** Während der slowenischen Ratspräsidentschaft las der Botschafter des PSK Informationen vor, konnte jedoch weitergehende Fragen der Parlamentarier nicht beantworten. Ähnlich war es während der tschechischen Ratspräsidentschaft. Während der französischen Ratspräsidentschaft konnte der PSK Botschafter gute Informationen darlegen. Die parlamentarische Begleitung der EU Militärpolitik ist somit schwierig, denn auch diese Informationsmöglichkeit ist dürftig.

Herr Pflüger legte nahe, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments schlecht informiert sind und bzgl. der GASP nicht viel kontrollieren können.



### **Bisherige Einsätze der ESVP**

Momentan gibt es 27 Einsätze der ESVP.

#### **Bsp. Kosovo**

Die ursprüngliche Zuständigkeit des Einsatzes im Kosovo lag bei der UNMIK (United Nations Interim Mission in Kosovo) als Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen. Mittlerweile wurde durch die Unterschrift des UN- Sekretärs die Zuständigkeit an die EULEX übergeben, die als Institution der Europäischen Union rechtsstaatliche Normen generieren soll. Dafür werden z.B. Polizisten zur Aufstandsbekämpfung ins Land geschickt, die beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung helfen sollen. Leider ist die Übergabe von der UNMIK an die EULEX noch nicht abgeschlossen und somit die Aufgabenverteilung unklar. Die NATO und die EU agieren parallel im Kosovo. Die EU lässt im Kosovo eigene Sonderregelungen gelten, es gibt „gemischte“/ geteilte Einsätze, sodass zivile Einsätze der eingesetzten Soldaten möglich sind und diese nicht bestraft werden können.

#### **Bsp. Tschad**

Der offizielle Auftrag des Einsatzes der EU im Tschad ist die Beschützung der Flüchtlinge. Ein erster fraglicher Aspekt dabei ist, dass das Einsatzgebiet der Soldaten nicht in den Grenzgebieten liegt.

Weiterhin werden von Seiten der EU hauptsächlich französische Soldaten in den Tschad geschickt. Parallel zum Einsatz der EU gibt es einen Einsatz von Frankreich, der aufgrund persönlicher Interessen die Diktatur im Land unterstützt. Eine offizielle Erklärung betont, dass die Ziele und beiden Einsätze und Truppen nichts miteinander zu tun haben. Eine andere Aussage eines Politikers jedoch gab die Information, dass die französischen Soldaten selbstverständlich die Truppen wechseln, je nach Notwendigkeit.

### **Bsp. Kongo**

Eine kleine Einsatztruppe im Kongo hatte die Absicherung des Wahlgangs 2006 zum offiziellen Ziel. Die Einsatztruppe befand sich jedoch nicht im gefährlichen Ostkongo, sondern im Gebiet der Hauptstadt Kinshasa. Die für die Absicherung zu kleine Truppe zeigte Präsenz vor Ort.

Die Kommission der Entwicklungszusammenarbeit markierte im Vorfeld bereits den für sie gewünschten Kandidaten, in dem sie sich auf ihrer Reise mit Herrn Kabila in Kinshasa traf. Der Gegenkandidat Bemba steht mittlerweile vor dem Internationalen Gerichtshof in den Haag.

Die Betonung bei den Beispielen lag in den offiziellen Zielen der Einsätze, die bei genaueren Recherchen bzw. Nachfragen laut Herrn Pflüger zur Fragwürdigkeit führt.

### **Entscheidungen**

**Bsp.** Eine EU Battlegroup ist eine für jeweils ein halbes Jahr aufgestellte militärische Formation der Krisenreaktionskräfte der Europäischen Union (EU) in hoher Verfügbarkeit. Die Battle Group ist bisher nicht im EU Vertrag verankert, sondern lediglich in einem Ratsbeschluss.

Der Ausdruck des Bedauerns von Seiten der EU Ratsmitglieder, dass die Truppe noch nicht eingesetzt wurde, stellt für Herrn Pflüger den Wunsch nach einem Einsatz dar. Eine 60.000 Mann starke Truppe steht bereit schnell und diskret eingreifen zu können. Mit dem Lissabon Vertrag sollen die Battlegroups in 5-10 Jahren zum Einsatz kommen. Das Deutsche Verfassungsgericht hat dem Lissabon Vertrag zugestimmt, jedoch nicht dem Begleitgesetz zu den Battlegroups. Damit darf ein deutscher Abgeordneter einem Battlegroup Einsatz nur zustimmen, wenn der Einsatz vorher im Bundestag beschlossen wurde. Provokativ formuliert, bestimmt somit Deutschland den Einsatz und nicht die EU, der Bundestag überwacht die GASP und nicht das Europäische Parlament.

**Bsp.** Die EU ist keine repräsentative Institution und es herrschen klare Machtverhältnisse. Vorschläge von Beschlüssen werden in der Regel von großen Ländern vorgelegt und beschlossen, sofern kein Einwand erhoben wird. Ein kleines Land wie Zypern ist nicht Teil der NATO und auch nicht Teil von Gemeinschaftseinsätzen wie andere kleine europäische Länder. Somit ist es für Zypern (nicht nur) in Fragen die z.B. die NATO betreffen schwierig gegen andere Länder Einspruch zu erheben und diesen durchzusetzen.

### **Abschließend**

Die Schlüsselrolle in der Militarisierung spielt nach Pflüger der Lissabon- Vertrag. Diesem Vertrag haben alle Länder bis auf Irland zugestimmt. Mit dem Vertrag soll die militärische Stärkung der EU vorangetrieben und die Kooperation mit der NATO ausgebaut werden. Letzteres widerspricht der Neutralität der Schweiz und von Irland. Der Lissabon Vertrag sieht zudem noch mehr Rechte für die EU vor.

*„Das Problem ist, dass die Mitgliedsstaaten die EU für die eigene Politik benutzen. Darunter besonders Deutschland, Frankreich und Großbritannien.“* fasst Pflüger seine Kritik an den Institutionen der EU zusammen. Die zentralen Akteure der EU sind die Mitgliedsstaaten, nicht die EU Gremien und Administrationen. Die Mitgliedsstaaten nutzen die EU als Deckmantel für Ihre eigene Politik. Das Ziel sollte jedoch der gemeinsame Auftritt der EU sein.

## Diskussion

In der anschließenden Diskussion kamen unterschiedliche Fragen auf, wie z.B.:

### - Welches Szenario wäre notwendig, die Battlegroup einzusetzen?

Antwort Pflüger: Ein Militärputsch in Namibia, der klar dem Westen feindlich gesinnt ist.

### - Zusammenarbeit zwischen NATO, EU und USA

Antwort Pflüger: Die USA akzeptieren mehr Mitspracherecht in der NATO, verlangen dafür aber auch mehr Mitkämpfer/ Einsatz

### - Welches sind die wirklichen Ziele der Einsätze der ESVP?

Antwort Pflüger: Die Gründe der EU Einsätze drehen sich z.B. um Naturressourcen im Kongo, um das Nachbarland Sudan im Tschad oder einfach um die Bestätigung, dass die EU auch fähig ist in der globalen Militärwelt mitzuspielen.

### - Ist die EU demokratisch? Oder ist Sie eine Diktatur?

Antwort Pflüger: Die EU ist keine Diktatur, sondern enthält demokratische Elemente.



Bei der Beantwortung der Fragen wurde die Position des Referenten nochmal deutlich: klare Kritik an der EU, jedoch nicht grundsätzlich an der Institution, sondern an der inhaltlichen Vorgehensweise.

Im Publikum herrschten teilweise nationale Ansätze, die mit der linken Stimmung des Referenten zu einer ausgiebigen Diskussion führten. Besonders die Frage um die Demokratie der EU warf eine größere Auseinandersetzung auf. Dennoch herrschte am Ende der Konsens, der Institution EU grundsätzlich kritisch gegenüber zu stehen, wenn auch noch angemerkt werden muss, dass die GASP nur ein Themenbereich von vielen ist, in welchen die Beschlussfähigkeiten dann anders verteilt sind.

*Fotos: Linda Heinrich*